

Jürgen Krusche (Hg.)

Die ambivalente Stadt

Gegenwart
und Zukunft
des
öffentlichen
Raums

MIT EINER GEBALLTEN FAU
AN KEINEN HANDEDRUCK W

24.12.2010
DIESE VERLAUFT ZWISCHEN OBEN UND UNTEN KLASSISCH

jovis

Die ambivalente Stadt

**Gegenwart und Zukunft
des öffentlichen Raums**

Jürgen Krusche (Hg.)

**Die Stadt zwischen Offenheit und Schließung,
Diversität und Risiko**

7

Jürgen Krusche

**Tendenzen
und
Analysen**

Urbaner sozialer Wandel

18

Von der sozial gemischten Stadt
zur segregierten und fragmentierten Stadt?

Jens S. Dangschat

Stadtsicherheit 2.0

34

Camouflage der Widersprüche

Johanna Rolshoven

(Un-)sichere Stadt

48

Vom Umgang mit Risiken
und Gefahren in urbanen Räumen

Manfred Rolfes

Stadt, Migration und Vielheit

62

Vom hegemonialen Diskurs
zur Alltagspraxis

Erol Yildiz

Eine (meine) Geschichte der Gewalt

79

Kai Ziegner

Praxis und Partizipation

- | | |
|---|------------|
| Anmerkungen zur produktiven Aneignung
des öffentlichen Raums | 88 |
| Christa Müller | |
| Infrastrukturen, Netzwerke, Allianzen | 102 |
| Wege zur behutsamen Stadterneuerung
in städtischen Armenvierteln | |
| Fabienne Hoelzel | |
| Feldnotizen zu urbanen Taktiken für eine
kommunale Teilhabe | 116 |
| Siu King Chung | |

Fotografie als Medium der Stadtforschung

- | | |
|-----------------------------|------------|
| Autopsien der Stadt | 132 |
| Fotografische Mikrologien | |
| Jürgen Hasse | |
| Städte fotografieren | 158 |
| Philipp Sarasin | |
| Biografien | 170 |
| Impressum | 175 |

Stadtsicherheit 2.0

Camouflage der Widersprüche

Johanna Rolshoven

*Der Terrorismus, der in dem furchtbaren
11. September kulminierte, ist ein Krieg der
Armen gegen die Reichen. Der Krieg ist ein
Terrorismus der Reichen gegen die Armen.¹
(Peter Ustinov)*

Die Stadtforschung befasst sich mit den aktuellen Herausforderungen des Gesellschaftswandels, die sich räumlich und sozial in den Städten manifestieren. Aus der handlungstheoretischen und -praktischen Perspektive der kritischen Stadtanthropologie, die Stadt als Summe ihrer Bewohner_innen begreift (Lindner 2004a: 177), sind die dringenden Fragen der Gegenwart an die Auswirkungen von Globalisierung und neoliberaler Wirtschaftsordnung geknüpft. Die hegemonialen politischen und medialen Diskurse rücken in den vergangenen zwei Jahrzehnten vorwiegend an „Sicherheit“ bzw. „Unsicherheit“ geknüpfte Thematiken in den Vordergrund der Stadtdiagnosen und lenken damit von anderen Besorgnislagen ab. Die Bedrohung von westlichen Städten durch terroristische Anschläge – von *target cities* ist die Rede – intensiviert diese Diskurse und bekräftigt und legitimiert dadurch die entdemokratisierenden Maßnahmenbündel der „Sicherheitsgesellschaft“. Die vorliegenden Überlegungen deuten Kontextualisierungen an, welche die politischen Zusammenhänge der genannten Entwicklungen differenzieren. Sie resituieren die aktuellen Sicherheitsdiskurse und -politiken im Kontext des grundlegenden, historisch geformten Charakters von Städten als gesellschaftliche Orte des gelingenden wie zugleich konfliktuellen Zusammenlebens von Menschen. Dabei werden empirische Erkenntnisse eigener Stadtforschungen zugrunde gelegt und gleich zu Beginn die Frage nach der integrativen Kompetenz von Städten gestellt.

Die integrative Kompetenz der Stadt

Städte sind Orte der Differenz. Differenz ist die Voraussetzung dafür, dass Integration gedacht und praktiziert werden kann. Integration ist eine städtische Kompetenz. „Stadt ist Bejahung des Konfliktes“ (Schlör 2005: 148; Lindner 2004b: 388). „Konflikt“, schreibt Walter Siebel in Anlehnung an Ralf Dahrendorf, „ist ein Mechanismus der Integration“ (2015: 377; Dahrendorf 1961: 123). Städte sind Gemeinwesen mit komplexen Aufgaben, in denen tägliche Aushandlungsprozesse um Raum, Ressourcen und individuelle Entfaltung stattfinden – Aushandlungsprozesse, die sich zwischen den Geschlechtern abspielen, zwischen den Generationen, den sozialen Schichten, zwischen Einheimischen und Fremden, das heißt grundsätzlich zwischen einander Fremden (vgl. Kaschuba/Kleinem/Kühn 2015). Demokratische Städte sind offene Städte (Ipsen 2016; Kaschuba 2010; Sansot 2000). Offenheit stärkt das Potenzial der städtischen Anonymität als einer fluiden Daseins- und Aufenthaltsberechtigung in Alltagszusammenhängen. Als regulierte Vielfalt ist sie ein Dispositiv der Stadt, das sich in der Geschichte der Europäischen Stadt zurückverfolgen lässt als Moment einer Stadtbürgerschaft, die Schutz, Freiheit und Rechtsgerechtigkeit verspricht.

Die offene Stadt ist ebenso Realität wie politischer Gegendiskurs (vgl. Behr et al. 2015), der anregt, über die Stadt als einen von Vielen geteilten Lebensraum nachzudenken, in dem man lernt, das einem selbst Fremde auszuhalten und existenzielle Verunsicherungen nicht mit Bedrohungen von außen zu verwechseln. Aber der Diskurs der offenen Stadt (vgl. Sennett 2006; Rieniets/Sigler/Christiaanse 2009) fordert auch die Frage heraus, ob der demokratische Idealismus in westlichen Städten scheitert, wenn das postkoloniale Weltgeschehen ins Haus schneit. Die auf demokratischen Grundordnungen beruhende offene Gesellschaft der Nachkriegsdemokratien, die, wie im Falle Frankreichs, allen dort geborenen Menschen Staatsbürgerschaft gewährt und eine Identifikation mit Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in einem säkularen Staat anbietet, steckt in einer tiefen Krise und kämpft mit populistischen Öffentlichkeiten.

Die Bedrohung der Stadt, der Nation, der Gesellschaft ist dabei kein neues Thema, doch es stellt sich neu für die Städte der westlichen Nachkriegsdemokratien, die seit Mitte der 1990er Jahre, nach der Auflösung der Blockstaaten und im Zuge der atomaren Abrüstung, in einer neuen Weise zur Zielscheibe von kriegerischen Anschlägen werden. Mit den nationalstaatlichen sicherheitspolitischen Reaktionen auf die gewaltsamen Provokationen verschärfen sich in den Städten die bestehenden Kontrollapparate und werden unter Ausnahme- und Kriegsrechtszuständen beträchtlich ausgeweitet.

Diese politischen Lagen führen zu individuellen und zu kollektiven Auseinandersetzungen, aber auch zu Verdrängung und Rückzug. Viele werden von diesen Entwicklungen zu zivilgesellschaftlichem, humanitärem und/oder beruflichem Engagement veranlasst, aber ebenso viele, so schrieb John Friedmann 2002 unter dem Eindruck von 9/11 in den USA, ziehen sich in „das Gefängnis der eigenen Ängste“ zurück (Friedman 2002) und werden empfänglich für pessimistische Gegenwartsdiagnosen und irrationale Zukunftsversprechen. Diese generieren ernst zu nehmende rechtspopulistische Tendenzen, die scheinbar gesicherte fundamentale demokratische und menschenrechtlich begründete Gesetzes- und Regelwerke infrage stellen und die Demokratien in Gefahr bringen. Der Journalist und Schriftsteller Roland Merk formuliert vor dem Hintergrund der Pariser Anschläge im November 2015: „Sagen wir es so: der Neoliberalismus und der Dschihadismus verstehen sich gut, auch wenn das keine offizielle Doktrin ist“ (Merk 2016: 34).

Städte sind historisch gewachsene Orte. Die Geschichte des Städtewachstums in allen Erdteilen in den letzten 200 Jahren zeigt, dass es Perioden des rasanten Wachstums gab, die sich mit Perioden der Stagnation abwechseln. Das Kennzeichen der Moderne, die ökonomische, infrastrukturelle und soziale Dynamik, vor allem aber das soziale Fassungsvermögen von Städten lassen uns von einer integrativen Kompetenz sprechen, die Städten als sozialen und gebauten Gebilden innewohnt.² Diese integrative Kompetenz betrifft Städte je nach ihrer geografisch-ökonomischen Situation, ihren historischen Prägungen und ihrer politischen Disposition in unterschiedlicher Weise. Städte reagieren daher auch unterschiedlich auf diese Herausforderungen, wie die Geschichte der Urbanisierung in der westlichen Moderne, die Geschichte der arabischen Stadtwerdungen und in besonderer Weise die kosmopolitische Integrationsleistung von Hafenstädten wie Algier, Genua, Haifa, Hamburg, Istanbul, Marseille, Odessa, Oran, Riga, Rotterdam, Tanger, Triest oder Tel Aviv verdeutlichen.

In Städten spiegeln sich die Strukturmerkmale der Gesellschaft; hier wird sie greifbar: sichtbar und beschreibbar.

Heterogenität, Vielfalt und Differenz (vgl. Wirth 1938; Simmel 1903), aber auch Anonymität und Bewegung (vgl. Pétonnet 1988 und 1987) erlauben es, die Stadt als einen dynamischen Lebensraum und Entfaltungsort für menschliche Lebenswelten zu begreifen. Die Kulturanthropologie versucht, Gesellschaft aus der Perspektive des handelnden Menschen zu denken und fragt daher danach, wie sich diese Parameter in Alltagskontexten darstellen und wie sie auf die konkreten Handlungsräume als gelebte Stadträume einwirken. Für sie stellt sich die Stadt als ein Laboratorium dar, das, in einer Art seismischer Anzeige, gesellschaftliche Entwicklungen ankündigt und

offenbart. An Mikrosituationen zeigen sich die – bisweilen verborgenen – Relevanzen in den Makrozusammenhängen. Ein zentraler Fokus der stadтанthropologischen Kulturanalyse (vgl. Lindner 2003; Wietschorke 2014) liegt dabei auf dem Widerspruch, dem Paradoxon und dem nicht Stimmigen, die sich bei näherem Hinsehen als Schnittstelle erweisen, an denen grundsätzliche gesellschaftliche Probleme greifbar werden.

Orte der Differenz – riskante Orte

Städte sind riskante Orte. Sie sind von unterschiedlichen Menschengruppen mit unterschiedlichen Raumnutzungen und unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen bewohnt. Diese konfliktuelle Konstellation lässt Kriminalität jeder Gesellschaftsstruktur und den städtischen Ökonomien inhärent werden. In den letzten 150 Jahren sind Städte indessen zu zunehmend sicheren Orten geworden (vgl. u. a. Breckner/Bricocoli 2007; Glasze/Pütz/Rolfes 2005; Glasauer 2005): Ein Blick auf die Statistiken zu Todesursachen in den westmitteleuropäischen Ländern offenbart, dass wir in einer Gesellschaft leben, in der man zunehmend eines natürlichen Todes stirbt.³ Ängste der Bevölkerung vor Gewalt und Verbrechen, wie sie von politischen und Mediendiskursen, etwa im Rahmen der aktuellen Zuwanderungsdebatten, geschürt werden, verweisen daher weniger auf tatsächliche Bedrohungen als auf die Abspaltung des „Bösen“ als nicht der Kultur zugehörig (vgl. Scharfe 1994).

Der Architekturtheoretiker Michael Zinganel, der in seinem opus magnum *Real crime* Diskurse zu Stadt und Verbrechen beleuchtet und differenziert hat, sieht die Marx'sche These von der „Produktivkraft des Verbrechens“ bestätigt, derzufolge Verbrechen zwingender Teil jeder Stadtökonomie sind und mehr noch: Im Verbrechen und allen ihm anhängenden Berufs- und Unternehmenszweigen wohnt, so Zinganel, eine grundlegende Produktivkraft inne, ein dynamisierender Impuls für die Stadt- und Gesellschaftsentwicklung. Hierzu hatte Karl Marx um die Mitte des 19. Jahrhunderts geschrieben:

„Ein Philosoph produziert Ideen, ein Poet Gedichte, ein Pastor Predigten, ein Professor Kompendien usw. Ein Verbrecher produziert Verbrechen.

Betrachtet man näher den Zusammenhang dieses letzteren Produktionszweigs mit dem Ganzen der Gesellschaft, so wird man von vielen Vorurteilen zurückkommen. Der Verbrecher produziert nicht nur Verbrechen, sondern auch das Kriminalrecht und damit auch den Professor, der Vorlesungen über das Kriminalrecht hält [...]. Der Verbrecher produziert ferner die ganze Polizei und Kriminaljustiz, Schergen, Richter, Henker, Geschworene

usw.; und alle diese verschiedenen Gewerbszweige, die ebenso viele Kategorien der Teilung der gesellschaftlichen Arbeit bilden, entwickeln verschiedene Fähigkeiten des menschlichen Geistes, schaffen neue Bedürfnisse und neue Weisen ihrer Befriedigung. Die Tortur allein hat zu den sinnreichsten mechanischen Erfindungen Anlaß gegeben und in der Produktion ihrer Werkzeuge eine Masse ehrsammer Handwerksleute beschäftigt. Der Verbrecher produziert (nicht nur) das Kriminalrecht, nicht nur Strafgesetzbücher und damit Strafgesetzgeber, sondern auch Kunst, schöne Literatur, Romane und sogar Tragödien“ (Marx 1985, zit. n. Zinganel 2003: 13f.).

Michael Zinganel veranschaulicht diese These mit Zahlen und Beispielen zu aktuellen Stadtökonomien, ihren Polizeiapparaten, Gefängnissen, Rehabilitationsdispositiven usw.. Diesen staatlich-strukturellen Sicherheitsapparaten lassen sich lebensweltliche Stadtbeobachtungen hinzufügen, die ein breites Spektrum an Maßnahmen zur Sicherung bestehender Verhältnisse zu Tage fördern: den wachsenden Markt der „Gefahrenabwehr“. Er reicht von Türschlössern bis zu Alarmanlagen, von der öffentlichen Beleuchtung bis zur Videoüberwachung, von baulichen Maßnahmen im Kleinen bis hin zu militärstrategischen Stadtanlagen im Großen (vgl. Zinganel 2003: 16). Die öffentliche und private Sicherheit zählt aktuell zu den deutlichen Wachstumsmärkten (vgl. ebd.: 18; Eisch-Angus/Schwell 2017). Dies bedeutet, dass die ökonomische Funktionalität der städtischen Kriminalität Rückschlüsse auf ihre systemische Normalisierung zulässt, obgleich der Diskurs sie als Abnormität außerhalb der Gesellschaft situiert – einer Gesellschaft, die das unwirkliche Bild des einheimischen rechtschaffenen, ehrlichen und arbeit-samen Bürgers, der tugendhaften Bürgerin zu ihrem ideologischen Maßstab gemacht hat⁴. Die neuralgischen Punkte des Widerspruchs zwischen (statistischer) Wirklichkeit und (ideologisiertem) Diskurs sind Schlüsselstellen für die Kulturanalyse. Sie offenbaren Kultur weniger als das postulierte „System von Identitäten“, sondern weisen sie vielmehr als ein „Ensemble von Differenzen“ (Lindner 2003: 181f.) des Kampfes von Identität mit Alterität aus. Zu ihrer Regulierung treten einerseits Stadtpolitiken und nationalstaatliche Gesetzeswerke auf den Plan, andererseits gesellschaftliche Regelwerke, die sich als Norm(ierung)en, Traditionen oder Common sense (vgl. Suter 2016) bezeichnen lassen und die in vielem – auch in der säkularisierten Gesellschaft – religiösen Ursprungs sind (Scharfe 2004).

Die Aushandlungsprozesse um Differenzen bestimmen den Charakter eines öffentlichen Stadtraums und machen ihn zum Politikum. Hier offenbaren sich Machtstrukturen und -ambitionen, Reklamationen von Teilhabe ebenso wie Manifestationen des Ausschlusses, Sozialitäten ebenso wie Differenzen in Form von Konflikten oder Delikten. In diesem öffentlichen

Raum der Vergesellschaftungsprozesse sind die sozial einflussreichsten Gruppen regel- und damit raumbestimmend und erheben Anspruch auf seine legitimen Nutzungen. Schwächeren und als illegitim stigmatisierten Gruppen kann der prominente Zugang zur Bühne der Öffentlichkeit leicht verwehrt werden – durch explizite und implizite Regeln, Verbote, „Wegweisungen“, „Verbannungen“ und „Ausschaffungen“. Diese Gruppen unterschiedlicher Couleur, das zeigt die Geschichte der städtischen Raumnutzungen, fordern in regelmäßigen Abständen ihre Raumrechte ein – in kleinen unauffälligen alltagsweltlichen Situationen ebenso wie in großen historisch-spektakulären Performanzen: von den Brotunruhen bis zum Sturm auf die Bastille am 14. Juli 1789, von den städtischen Raumbeschneidungen der afro-amerikanischen Bevölkerung bis zu den *urban race riots* im Amerika der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, oder zeitgleich, von den zivilen Benachteiligungen der Frauen zu den Wahlrechtsdemonstrationen der britischen Suffragetten, von der Hungersnot zur Oktoberrevolution 1917 und ihren folgenreichen Fortpflanzungen im Westen, von punktuellen Erhebungen zu kolonialen Unabhängigkeitskriegen in den 1950er und 1960er Jahren, vom Unmut über die Erhöhung der Straßenbahnpreise zu den städtischen Aufständen im Mai 68, von den Pariser Autoverbrennungen 2005 zu den Terroranschlägen 2015 und 2016 erscheinen diese Ereignisse letztlich als Reklamationen einer den Tätergruppen gegenüber verabsäumten gesellschaftlichen Teilhabe und sind damit Reaktionen auf Ausschluss (vgl. Rolshoven 2016).

Sicherheit verunsichert

Städte sind die Bühnen gesellschaftlicher Veränderungen. Gesellschaftliche Öffnungs- und Schließungsprozesse nehmen hier eine sichtbare Gestalt an. Seit Ende der 1990er Jahre lassen sich zunehmend städtische Regulierungs-, Normierungs- und Disziplinierungsprozesse beobachten⁵, die in den Sozialwissenschaften Anlass zur Diagnose einer Kontroll- und Sicherheitsgesellschaft geben (vgl. u. a. Klimke 2008). Der „SOS-Diskurs“, die – in ihrer Doppeldeutigkeit – „Rede über Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit“, fußt auf einem „alten“, subkutan wirksamen und in bestimmten Kontexten reaktivierbaren mentalitätsgeschichtlichen Erbe, einem kulturellen Repertoire, das sich im Zuge der Urbanisierungsprozesse im 19. Jahrhundert herausgebildet hat (vgl. Rolshoven 2008). Die Palette der SOS-Maßnahmen, die sich seit den 1990er Jahren in vielen europäischen und außereuropäischen Städten mehren, sind zu Parametern einer „sauberen und sicheren Stadt“ und für die Stadtnutzer_innen alltagsrelevant geworden. Sie reicht von harmlos anmutenden bis hin zu rechtsstaatlich problematischen

Eingriffen: von Anti-Littering-Kampagnen über den zunehmenden Einsatz parapolizeilicher Stadtpatrouillen, der Implementierung technologischer Überwachungssysteme, der Konjunktur panoptischer Stadtplanungs- und Architekturkonzeptionen bis hin zur strafrechtlichen Ahndung von zivilgesellschaftlichen Vergehen. Anstößige, unanständige, unbürgerliche Zuwerdhandlungen in der Öffentlichkeit werden allgemein mit dem angelsächsischen Begriff der *incivilities* (frz. *incivilités*) oder als „Disorder-Phänomene“ bezeichnet und strafrechtlich verfolgt. Stadtbewohner_innen, die dieser Logik zufolge als unschön, schmutzig, störend (engl. *loitering*), gefährlich bezeichnenbar sind, erhalten öffentliche Raumverbote. Die restriktive Ordnungspolitik, die sich seit dem Ende der 1990er Jahre etabliert, äußert sich demnach sowohl in harmlosen, umweltpolitisch einleuchtenden Verordnungen als auch in schwerwiegenden Restriktionen. Sie reicht von moralisierenden Verboten, Kaugummis oder Zigarettenstummel auf den Boden zu werfen, bis hin zu einer Kriminalisierung zivilrechtlicher Vergehen, die in Persönlichkeitsrechte eingreifen, demokratische Grundrechte revidieren oder Menschenrechten zuwiderlaufen. Einfache Delikte werden nicht nur geahndet, sondern sie werden kriminalisiert.

Hinter der im Alltag beobachtbaren und fassbaren Oberfläche der SOS-Erscheinungen steht zum einen die Aufweichung des staatlichen Gewaltmonopols über die Privatisierung von Ordnungskräften, zum anderen die Kriminalisierung von Drogenkranken, von Wohnungslosen und fremd Aussehenden durch neu auflebendes rassistisches Profiling. Vielfach sind es Jugendliche, die unter Verdacht gestellt werden, armutsgefährdete Städter_innen und fremde Zuwanderer, die als Gefahr stigmatisiert werden bzw. in der öffentlichen Meinung für eine Stigmatisierung freigegeben werden. Wir haben es hier im Grunde mit einer paradoxen Situation zu tun, wenn diese gefährdete Bevölkerungsminderheit, die selbst in Unsicherheit lebt, die auf der sicheren Seite der Gesellschaft lebende Bevölkerungsmehrheit verunsichert.

Diese Verunsicherung nährt die politischen Argumentarien für die breite Lancierung einer zunehmend restriktiven städtischen Sicherheitspolitik, die aktuell um die Ebene der nationalen Sicherheitspolitik und ihre Ausgrenzziehungen erweitert werden. Die gegenseitigen Forcierungen von nationalen Angstlagen und außerdemokratischen Sicherheitsdispositiven, die ich hier nur streifen kann, begleiten die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit ihren Anfängen und mit ihr die zahlreicher weiterer Staaten nach 1945. Auf die grundgesetzwidrige Remilitarisierung in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, die instabile Ost-West-Lage im „Kalten Krieg“, folgte „Deutschland im Herbst“, die linksterroristische Bedrohung vor allem während der 1970er Jahre, die nicht nur in Deutschland, sondern

auch in Frankreich, Italien und der Schweiz zu einer Zuspitzung der „Sicherheitsfrage“, zu Gesetzesänderungen und Verschärfungen des Strafvollzugs führten. In Großbritannien folgten, in der Regierungszeit von Margaret Thatcher (vgl. Hof 2015), auf die IRA-Anschläge und Drohungen Gesetzesverschärfungen, die Ende der 1990er Jahre mit der inzwischen unter Tony Blair flächendeckenden Verabschiedung des sogenannten ASB-Bill (*Anti Social Behaviour*) in Städten ebenso wie Landgemeinden fortgeführt wurde (vgl. Squires 2008). Im Gesetzkorpus des sogenannten USA Patriot Act, mit dem die Vereinigten Staaten von Amerika unter George W. Bush 2001 auf die Al-Qaida-Anschläge am 11. September 2001 in New York reagierten, spitzen sich die Maßnahmenkataloge zu. Der USA Patriot Act bedeutet *Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act* (vgl. Department of Justice Website; Pretioso Blog 2014) und wurde in der Regierungszeit Barack Obamas 2015 in Freedom Act umbenannt. In der Doppeldeutigkeit des Akronyms spiegelt sich die Doppelbödigkeit eines Diskurses, der nach außen amerikanische Grundwerte schützt, aber inhaltlich die bestehende Gesetzeslage entdemokratisiert.

Der Abbau der dialogischen Demokratie

Städte sind Schauplätze des Politischen. Um das verwickelte Verhältnis zwischen den großen bedrohlichen, aber kaum vorhersehbaren und fassbaren Angstlagen und den stadttäglichen, greifbaren Ängsten über die eigene körperliche Unversehrtheit, die finanzielle Existenzsicherung und unwägbara Kontingenz der Zukunft aufrollen zu können, stellt sich die Frage nach der politischen Funktionalität dieser Gemengelage und der Spezifik der gesellschaftlichen Gegenwart, in der sie virulent wird. Diese Frage weitet Michel Foucaults historischen Blick auf die Mikrotechnologien der Macht, die auf säkulare Makrostrukturveränderungen verwiesen hatten. Foucault hatte für das 18. Jahrhundert, als sich Art und Ethos der Bestrafung für Vergehen veränderten, einen Paradigmenwechsel festgemacht. Während zuvor exemplarische und spektakuläre öffentliche Bestrafungen im Namen *des einen* Königs stattfanden, war nun die Zunahme öffentlicher „Züchtigungstheater“ in *unser aller* Namen mit präventiver Absicht zu beobachten: „So hat man sich die Straf-Gesellschaft vorzustellen: an den Wegkreuzungen, in den Gärten, an den Straßen [...], an den Brücken [...] – tausend kleine Züchtigungstheater. [...] Eine sichtbare, eine geschwätzigte Strafe [...]: Schrifttafeln, Mützen, Anschlagzettel, Plakate, Symbole, Texte – alles wiederholt unablässig den Codex/Code“ (Foucault 1994: 145).

Foucault liest hieran einen grundsätzlichen Wandel der Rechts- und auch Ethikauffassungen in der Folge von Gesellschaftsveränderungen ab und deutet die Praxis der Züchtigungstheater, das heißt den Diskurs der Strafan drohung, als „Herstellung von Delinquenz“ (ebd.: 368). Eine neue Strafpraxis läutet – im historischen Rückblick besehen – als „Effekt und Instrument komplexer Machtbeziehungen“ (ebd.: 397) die Erneuerung gesellschaftlicher – diffuser – Machtverhältnisse ein, deren Präsenz sich überall im öffentlichen Raum manifestiert. Inwiefern nun betrifft die Diagnose eines solchen Mechanismus die städtischen „Züchtigungstheater“ der Gegenwart?

Ihr gesellschaftlicher Hintergrund ist in der Tat die Verlagerung von Machtverhältnissen und Wirtschaftsweisen. Die Entlassung der Wirtschaft aus der staatlichen Kontrolle, ihre Entgrenzung, wird als Globalisierungseffekt beschrieben und gemeinhin mit dem Begriff Neoliberalismus bezeichnet. Wir beobachten unter dieser „Fahne“ eine Übertreibung des westlichen Kapitalismus und seines Prinzips der Gewinnmaximierung, die Verabschiedung vom Ethos und Idealismus des Sozialstaates und seiner Verteilungsgerechtigkeit, eine Abkehr vom Prinzip der Reinvestition zur Stärkung bestehender Strukturen hin zu riskanten Neuinvestitionen und zum Aufbau zerstreuter und häufig wechselnder Strukturen und Standorte. Dieser deregulierte, von Karl Polanyi als „entfesselt“ bezeichnete Kapitalismus (Berking 2002: 14f.) führt zu diffusen Angstlagen und ist heute die Hauptursache einer grundlegenden Verunsicherung von Stadt- ebenso wie Staatsbürger_innen (vgl. u. a. Augé 2013), die mit Sicherheitsdiskursen genährt ebenso wie „abgeholt“ werden. Das Paradoxon der Sicherheitsdispositive ist es, dass sie Ängste schüren, und zwar genau jene Ängste, denen sie versprechen zuvorzukommen. Sie verfehlen damit ihre ursprüngliche Beschwichtigungsfunktion und werden zu einem sich selbst legitimierenden Apparat.

Hinter den in den städtischen Nah- und Lebensräumen greifbaren Verunsicherungen durch „Unzivilisiertheiten“ und Be-Fremdungen stehen diffuse Ängste, welche sich auf strukturelle Entwicklungen beziehen, die sich einer handelnden Einflussnahme des Individuums im Alltag entziehen.⁶ Man muss sie aus der Perspektive einer reflexiven Kulturwissenschaft demnach als ein soziales Übertragungsphänomen bezeichnen. Sozialhistorische Untersuchungen offenbaren, dass gesellschaftliche Transformationsprozesse immer mit grundlegenden Verunsicherungen einhergehen. Die Auswirkungen des postindustriellen Neoliberalismus führen in den Städten zu gespaltenen Arbeitsmärkten und einer „exzessive(n) sozialräumliche(n) Verteilung von Reichtums- und Armutskulturen“ – die Hälfte des Weltvermögens befindet sich in den Händen von 62 Personen/Unternehmen (Focus Online 2016) – und zu einer „Ausweitung der informellen Ökonomie“ (Berking 2002: 14f.).

Arbeitsplatzverlust, Zukunftsängste, innerstädtische Gentrifizierungsprozesse und Segregationen vielfältiger Natur führen zu einer vermehrten Polarisierung städtischer Räume und gehen Hand in Hand mit einer „Marginalisierung all jener Gruppen, die in der Repräsentation des ökonomischen Zentrums als globale und zukunftsichere Wachstumsmaschine nicht vorkommen“ (ebd.). Diese Leerstelle stellt sich als Hinterlassenschaft der Entwicklung zur Moderne dar und bedroht die Integrationsfähigkeit der Städte (vgl. Rada 1998: 103). Die Städte reagieren auf ihre sozialpolitischen Probleme nicht mehr integrativ über soziale Maßnahmen, gemäß dem Nachkriegsideal einer „dialogischen Demokratie“ (Anthony Giddens), sondern repressiv.

Offene Städte

Städte leiden unter Schließungsbewegungen. Die verschärfte Reglementierung und Überwachung des öffentlichen Raumes schwächt ihre Integrativität, indem sie die städtische Offenheit als Bedingung des Funktionierens und Florierens einer Stadt negiert. Das dramatische Weltgeschehen, das Europa bzw. die europäischen Städte 2015 in Gestalt der Flucht verfolgter Menschen aus Kriegsgebieten, in großer Zahl und auf riskanten Wegen, erreicht hat sowie die zeitgleiche Bedrohung durch dschihadistische Attentate, bestätigt und legitimiert, scheinbar widerspruchsfrei, die Schließungspolitiken der Sicherheitsgesellschaft und überdeckt dabei die Notwendigkeit von Maßnahmen auf vielen Ebenen und eine breite, realitätsnahe Politik der politischen und medialen Informierung. Die Ereignisse erfordern kritische Auseinandersetzungen mit den historischen, wirtschaftlichen und politischen Ursachen und mit den gebotenen Angemessenheiten politischer Maßnahmen. Und sie fordern das Konzept der offenen Stadt auf eine paradoxe Weise heraus.

Die durch den Dschihad reklamierten Anschläge richten sich auf der Ereignisebene, der Ebene der politischen Aussage des „Gotteskrieges“, gegen eine offene Gesellschaft: gegen „Paris, die Hauptstadt des Lasters“ („capitale de la perversion“), wie es im Bekennerschreiben nach dem 13. November 2015 heißt. Sie richten sich direkt gegen eine säkulare demokratische Gesellschaft, die die Angelegenheiten der Kirchen, Synagogen, Tempel und Moscheen aus der Politik ausklammert, sich auf Menschenrechte beruft und die an dem ambivalenten Versprechen von ungeteiltem Wohlstand und Konsum ungebrochen festhält. Wenn die offene Gesellschaft mit Schließung reagiert, Kriegsrecht und Ausnahmezustand ausruft, dann öffnet sie einer populistischen Willkür Tür und Tor, und der Dschihad, wie er derzeit

fundamentalistisch und eroberungskriegerisch ausgelegt wird⁷, erreicht damit seine Ziele.

Was zu tun bleibt, ist ohne Zweifel auch ein Problem der Stadtforschung und ihrer wissenschaftlichen, künstlerischen, zivilgesellschaftlichen und aktivistischen Akteur_innen. Seit langem bearbeiten sie Projekte über die im öffentlichen Stadtraum stattfindenden Vergesellschaftungsprozesse, die in einer Konsumgesellschaft, welche die Privatisierung des sich entpolitisierenden öffentlichen Raums zulässt, zurücktreten, da ein immer größerer Teil der Gesellschaft von der „Public City“ ausgeschlossen wird.

Kulturanalysen des Selbstmordattentates und der gesellschaftlichen Bedingungen, die es hervorbringen, zeigen auf, dass die Gesellschaft, wie die französischen Ethnologinnen Anne Benveniste und Monique Selim (2015) schreiben, den terroristischen Akt selbst hervorgebracht hat (vgl. Rolshoven 2016). Die filigranen Verbindungslinien, etwa im Fall Frankreichs, zwischen Kolonialvergangenheit, der Konstruktion als Grande Nation und Statthalterin von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, den Stadtentwicklungsprozessen und Wohnungsbaupolitiken seiner Großstädte und vielen weiteren systemischen Parametern in den Biografien von dschihadistischen Akteuren – zum Beispiel den jungen französischen Staatsbürgern Mohamed Morah (Montauban und Toulouse 2012), Mehdi Nemmouche (Jüdisches Museum, Brüssel 2014), Cherif und Saïd Kouachi (Charlie Hebdo, Paris 2015) oder den drei Brüdern Abdesalam (Bataclan, Paris 2015) – weisen sie als Kinder der nordafrikanischen Dekolonisierung aus. Ihre Biografien müssen daher, im Kontext dieser Anschläge, auf das unaufgearbeitete postkoloniale Erbe in den globalisierten Städten hin betrachtet werden. Sie hatten in ihren Lebenszusammenhängen eine „empirische Stadt“ vor Augen, deren Zukunftsversprechen für sie nicht gilt und die sie deshalb auslöschen wollen. Ihre Lebenswelten und -wege waren von dem französischen Gleichheitsversprechen kaum berührt, aber von ihren Diskriminierungserfahrungen gezeichnet. Die Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter oder Shmuel Erlich (Richter 2010: 168) haben immer wieder auf die strukturellen Auswirkungen kolonialer, postkolonialer und klassengesellschaftlicher Erniedrigungsprozesse auf Individuen hingewiesen (vgl. Heidenreich 2010: 245ff.).

Die Sicherheitsmaßnahmen, die diese Akteure der postkolonialen Gesellschaft mit maghrebinischen Wurzeln im Visier haben, beruhen auf den rassistischen Vorannahmen des *racial profiling*: Aufgrund der äußeren Erscheinung eines „arabischen Aussehens“ werden sie zur bevorzugten Zielgruppe von Personenkontrollen und häufig mehrmals täglich zu Ausweiskontrollen angehalten (vgl. u. a. Asmus/Enke 2015; Fassin 2011). Solche Maßnahmen stehen für die Camouflage des Widerspruchs zwischen der

kodifizierten, rechtsstaatlichen Legitimierung von Gewalt und Gewalt als gesellschaftlicher Tatsache, als eine gesellschaftliche Konstante mit systemischem, gouvernemental funktionalem Charakter, der auch das ökonomische Interesse der Stadt und des Staates an Kriminalität zugrunde liegt. Kriminalstatistiken und ihre Indienstnahme als politisches Argumentarium riskieren die Konstruktion als ideologisches Instrument, indem sie die Tatsache der Kriminalität als gesellschaftliche Alltagsnormalität und fester Bestandteil der Stadtkonomie negieren. Zugleich verschiebt der Diskurs über die Bedrohung der Gesellschaft durch Terrorismus, nicht zuletzt durch den performativen Spektakelcharakter der Anschläge, die Perspektiven von der städtischen Normalität des Verbrechen auf den außerordentlichen Staatsfeind. Hierin liegt die wirkliche Gefahr in der westlich-europäischen Gegenwart; wir können sie am Stadtgeschehen ablesen.

Bibliografie

- Augé, Marc: *Les nouvelles peurs*. Paris 2013.
- Asmus, Hans-Joachim/Enke, Thomas: *Der Umgang der Polizei mit migrantischen Opfern. Eine qualitative Untersuchung*. Wiesbaden 2015.
- Behr, Martin/Dienesch, Sibylle/Kury, Astrid/Rolshoven, Johanna (Hg.): *Offene Stadt. Konzepte für urbane Zwischenräume*. Salzburg 2015.
- Benveniste, Annie/Selim, Monique: „Terreur ici et ailleurs: regards anthropologiques“. In: *Journal des anthropologues* Nr. 140–141, 1–2 (2015), S. 7–10.
- Berking, Helmuth: „Global Village oder urbane Globalität? Städte im Globalisierungsdiskurs“. In: Ders./Faber, Richard (Hg.): *Städte im Globalisierungsdiskurs*. Würzburg 2002, S. 11–25.
- Breckner, Ingrid/Bricocoli, Massimo: „Un-Sicherheiten in urbanen Räumen: Wirklichkeiten und Handlungsstrategien in europäischen Großstädten“. In: Sessar, Klaus/Stangl, Wolfgang/van Swaeningen, René (Hg.): *Großstadtängste. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen*. Münster 2007, S. 21–43.
- Dahrendorf, Ralf: *Gesellschaft und Freiheit*. München 1961, S. 123.
- Department of Justice Website, <https://www.justice.gov/archive/ll/highlights.htm>, 18.10.2016.
- Eisch-Angus, Katharina/Schwell, Alexandra (Hg.): *Der Alltag der (Un)Sicherheit. Ethnographisch-kulturwissenschaftliche Perspektiven auf die Sicherheitsgesellschaft*. Berlin 2017.
- Fassin, Didier: *La force de l'ordre. Une anthropologie de la police des quartiers*. Paris 2011.
- Friedman, John: „City of Fear or Open City?“. In: *Journal of the American Planning Association* vol. 68, 3 (2002), S. 237–243.
- Focus online, „Oxfam-Studie: 62 Superreiche besitzen so viel Geld wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung“, 16.01.2016. http://www.focus.de/finanzen/news/oxfam-studie-62-superreiche-besitzen-so-viel-geld-wie-die-aermere-haelfte-weltbevoelkerung_id_5217918.html, 18.10.2016.
- Foucault, Michel: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt a. M. 1994 [1975], S. 145.
- Glasze, Georg/Pütz, Robert/Rolfes, Manfred: „Die Verräumlichung von (Un-)Sicherheit. Kriminalität und Sicherheitspolitiken – Herausforderungen einer kritischen Kriminalgeographie“. In: Dies.: *Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld 2005, S. 13–58.
- Glasauer, Herbert: „Stadt und Unsicherheit. Entschlüsselungsversuche eines vertrauten Themas in stets neuen Facetten“. In: Glasze, Georg/Pütz, Robert/Rolfes, Manfred (Hg.): *Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld 2005, S. 203–222.

- Heidenreich, Elisabeth: *Sakrale Geographie. Essay über den modernen Dschihad und seine Räume*. Bielefeld 2010, S. 245ff.
- Hof, Tobias: „Anti-Terrorismusetze und Sicherheitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien in den 1970er und 1980er Jahren“. In: Hürter, Johannes (Hg.): *Terrorismusbekämpfung in Westeuropa. Demokratie und Sicherheit in den 1970er und 1980er Jahren*. Berlin/Boston 2015, S. 7–34.
- Ipsen, Detlev: *Die sozialräumlichen Bedingungen der offenen Stadt – eine theoretische Skizze*, www.safercity.de/1999/skizze.html, 21.10.2016.
- Kaschuba, Wolfgang: „Offene Städte!“ In: Grosch, Nils/Zinn-Thomas, Sabine (Hg.): *Fremdheit – Migration – Musik. Kulturwissenschaftliche Essays für Max Matter*. Münster u. a. 2010, S. 23–34.
- Kaschuba, Wolfgang/Kleinem, Dominik/Kühn, Cornelia (Hg.): *Urbane Ausbandlungen. Die Stadt als Aktionsraum* (Berliner Blätter 69). Berlin 2015.
- Klimke, Daniela: *Wach- & Schlafgesellschaft Deutschland: Sicherheitsmentalitäten der Spätmoderne*. Wiesbaden 2008.
- Lindner, Rolf: „Vom Wesen der Kulturanalyse“. In: *Zeitschrift für Volkskunde II* (2003), S. 177–188.
- Lindner, Rolf: „Vorüberlegungen zu einer Anthropologie der Stadt“. In: *Volkskunde in Sachsen* 167 (2004a), S. 175–188.
- Lindner, Rolf: „Offenheit – Vielfalt – Gestalt. Die Stadt als kultureller Raum“. In: Jaeger, Friedrich/Rüsen, Jörn (Hg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Themen und Tendenzen*. Stuttgart/Weimar 2004b, S. 385–398.
- Marx, Karl: „Theorien über den Mehrwert. Erster Teil“. In: Ders./Engels, Friedrich: *Werke*, Bd. 26.1. Berlin 1985, S. 363 [um 1860/62 verfasst, nach 1905 publiziert].
- Merk, Roland: „Mit besten Grüßen aus Paris“. In: *PEN Newsletter* 2016, hg. von PEN-Zentrum deutschsprachiger Autoren im Ausland, S. 33–35.
- Pétonnet, Colette: „La ville et les citadins“. In: *André Leroi-Gourhan ou les voies de l'homme*. Paris 1988, S. 115–121.
- Pétonnet, Colette: „L'anonymat ou la pellicule protectrice“. In: *Le temps de la réflexion VIII (La ville inquiète)*. Paris 1987, S. 247–261.
- Pretioso Blog 2014, „Was man über den USA Patriot Act wissen sollte“. <http://pretioso-blog.com/was-man-ueber-den-usa-patriot-act-wissen-sollte/#.WBH4AE27p9A>, 18.10.2016.
- Rada, Uwe: „Die Urbanisierung der Angst. Von einer kulturellen zur sozialen und räumlichen Technik der Verdrängung“. In: Kirchberg, Volker/Göschel, Albrecht (Hg.): *Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur*. Opladen 1998, S. 101–120.
- Richter, Horst-Eberhard: *Moral in Zeiten der Krise*. Frankfurt a. M. 2010.
- Rieniets, Tim/Sigler, Jennifer/Christiaanse, Kees (Hg.): *Open City: Designing Coexistence*. Amsterdam 2009.
- Rolshoven, Johanna: „Kultur, ein Theater der Komplikationen. Unfertige Gedanken zum Selbstmordattentat“. In: *Online-Schriften aus der Marburger kulturwissenschaftlichen Forschung und Europäischen Ethnologie*, Band 7/2016, S. 1–22. <http://archiv.ub.uni-marburg.de/es/2016/0009/pdf/makufee-7.pdf>.
- Rolshoven, Johanna: „Die Wegweisung: Züchtigung des Anstössigen oder Die Europäische Stadt als Ort der Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit“. In: Egli, Werner/Tomkowiak Ingrid (Hg.): *Intimität*. Zürich 2008, S. 35–58.
- Sansot, Pierre: *Narbonne – ville ouverte*. Fontfroide 2000: Fata Morgana.
- Scharfe, Martin: „Wie die Lemminge. Kulturwissenschaft, Ökologieproblematik, Todesriebsdebatte“. In: Brednich, Rolf W./Harteringer, Walter (Hg.): *Gewalt in der Kultur*. 2 Bde. Passau 1994, S. 271–295.
- Scharfe, Martin: *Über Religion. Glaube und Zweifel in der Volkskultur*. Köln u. a. 2004
- Schlör, Joachim: *Das Ich der Stadt. Debatten über Judentum und Urbanität 1822–1938*. Göttingen 2005, S. 148.
- Sennett, Richard: *The Open City*. 2006. http://estheticartografias07.files.wordpress.com/2008/07/berlin_richard_sennett_2006-the_open_city1.pdf, 09.10.2016.
- Siebel, Walter: *Die Kultur der Stadt*. Frankfurt a. M. 2015, S. 377.
- Simmel, Georg: „Die Großstädte und das Geistesleben“. In: *Die Großstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung*. Jahrbuch der Gehe-Stiftung Dresden, hg. von Thomas Petermann, Band 9, Dresden 1903, S. 185–206.
- Squires, Peter: „The Politics of Anti Social Behaviour“. In: *British Politics* 3 (2008), S. 300–323.
- Suter, Ove: „Alltagsverständnis. Zu einem hegemonietheoretischen Verständnis alltäglicher Sichtweisen und Deutungen“. In: *Österreichische Zeitschrift für Volkskunde LXX/119*, 1–2 (2016), S. 41–70.

- Ustinov, Sir Peter: *Achtung! Vorurteile*. Hamburg 2002.
- Wirth, Louis: „Urbanism as a way of life“. In: *American Journal of Sociology* 44 (1938), S. 1–24.
- Wietschorke, Jens: „Historische Kulturanalyse“. In: Bischoff, Christine/Oehme-Jüngling, Karoline/Leimgruber, Walter (Hg.): *Methoden der Kulturanthropologie*. Bern 2014, S. 160–176.
- Zinganel, Michael: *Real Crime. Architektur, Stadt und Verbrechen*. Wien 2003.

Anmerkungen

- 1 Ustinov, Sir Peter: *Achtung! Vorurteile*. Hamburg 2002, zit. n. Richter, Horst-Eberhard: *Moral in Zeiten der Krise*. Frankfurt a. M. 2010, S. 170.
- 2 „Integrationsmaschine Stadt“ ist eine Metapher, die die Stadtsoziologie für die fordistische, für Zuwanderung offene Stadt geprägt hatte. Vgl. hierzu die kritische Auseinandersetzung von Stienen, Angela (Hg.): *Integrationsmaschine Stadt? Interkulturelle Beziehungsdynamiken am Beispiel von Bern*. Bern u. a. 2006.
- 3 In städtischen Todesursachenstatistiken, die ich im Herbst 2016 kursorisch konsultiert habe, nehmen Gewaltdelikte mit Fremdeinwirkungen einen geringen Anteil an; das Risiko etwa in Zürich im Fall eines Sihlseestaudammbruchs umzukommen, der innerhalb von fünf Stunden die Stadt bis zu acht Meter hoch unter Wasser setzen würde, ist wahrscheinlicher als umgebracht zu werden, vgl. N.N.: „Wenn der Damm des Sihlsees brechen würde“. In: *NZZ* vom 11.09.2005. <http://www.nzz.ch/articleD4KK2-1.169453>, 11.11.2016.
- 4 Marx selbst gibt einen Fingerzeig: „Der Verbrecher unterbricht die Monotonie und Alltagsicherheit des bürgerlichen Lebens. Er bewahrt es damit vor Stagnation und ruft jene unruhige Spannung und Beweglichkeit hervor, ohne die selbst der Stachel der Konkurrenz abstumpfen würde. Er gibt so den produktiven Kräften einen Sporn.“ Marx, Karl: „Theorien über den Mehrwert. Erster Teil“. In: Ders./Engels, Friedrich: *Werke*, Bd. 26.1, Berlin 1985, S. 363, zit. n. Zinganel 2003, S. 14.
- 5 Vgl. hierzu die empirisch-kulturwissenschaftlichen Studien Rolshoven, Johanna: „SOS: neue Regierungsweisen oder Save Our Souls – ein Hilferuf der Schönen Neuen Stadt“. In: Langreiter, Nikola/Rolshoven, Johanna/Haider, Margret (Hg.): *bricolage 6: SOS – Sauberkeit Ordnung Sicherheit in der Stadt* (Innsbrucker Zeitschrift für Europäische Ethnologie). Innsbruck 2010, S. 23–35; Litscher, Monika et al.: *Wegweisung aus öffentlichen Stadträumen*. Luzern 2013; Eisch-Angus, Katharina: *Absurde Angst. Narrationen der Sicherheitsgesellschaft*. Ms. Habilitationsschrift, Philosophische Fakultät der Universität Regensburg, Juli 2016 [in print]; Reiners, Diana/Malli, Gerlinde/Reckinger, Gilles: *Bürgerschreck Punk. Lebenswelten einer unerwünschten Randgruppe*. Wien 2006.
- 6 Vgl. die Erkenntnisse aus den Studien für Frankreich Bourdieu, Pierre et al. (Hg.): *La misère du monde*. Paris 1993; für die Schweiz Honegger, Claudia/Bühler, Caroline/Schallberger, Peter: *Die Zukunft im Alltagsdenken. Szenarien aus der Schweiz*. Konstanz 2002; für Österreich Katschnig-Fasch, Elisabeth (Hg.): *Das ganz alltägliche Elend. Begegnungen im Schatten des Neoliberalismus*. Wien 2003.
- 7 Wir sollten der Breite der islamischen Deutungen des Dschihad mehr Gehör schenken, zum Beispiel seine Auslegung als Instrument der gesellschaftlichen Öffnung und des friedlichen Zusammenlebens:
 „Und setze dich mit aller Kraft dafür ein (dschihad‘), dass Gott Gefallen an dir findet, so intensiv, wie es nur geht, und wie es Ihm gebührt. Er hat euch erwählt und euch keine Härte in Glaubensangelegenheiten auferlegt; folgt dem Bekenntnis eures Vaters Abraham“ (22:78). <http://www.islam-info.ch/de/Dschihad.htm>, 24.01.16.